

Staatssicherheit, Herrschaft und Gesellschaft

Forschungsperspektivenkonferenz der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen am 30.10.2012 in Berlin

Am 30. Oktober 2012 lud der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (BStU) Zeithistoriker aus dem In- und Ausland zu einer Forschungsperspektivenkonferenz nach Berlin ein. Ziel der vom wissenschaftlichen Beratungsgremium der Behörde initiierten Tagung war es, 20 Jahre nach der Gründung der Abteilung Bildung und Forschung eine Bilanz der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) innerhalb und außerhalb der Behörde zu ziehen und Perspektiven für weitere Forschungen zu entwickeln. In seiner Begrüßung betonte der Bundesbeauftragte Roland Jahn die Bedeutung der Forschungsabteilung für die Arbeit der Behörde und für die Aufarbeitung der MfS-Geschichte insgesamt. Es reiche nicht, so Jahn, einzelne Geschichten zu erzählen, sondern es bedürfe eines soliden wissenschaftlichen Fundaments, das nur durch zeithistorische Forschung zu schaffen sei.

Die erste Sektion „Bilanz“ eröffnete Prof. Dr. Hans-Joachim Veen, Vorsitzender des wissenschaftlichen Beratungsgremiums, mit einem Rückblick auf dessen fünfjährige Tätigkeit, die in vielen Fällen zur Präzisierung und Beschleunigung von Forschungsvorhaben beigetragen und einige Projekte, etwa das MfS-Lexikon, selbst angestoßen habe. Insgesamt habe das Beratungsgremium nicht nur zu einer Steigerung der Produktivität der Forschungsabteilung beigetragen, sondern auch zu ihrer verbesserten Einbettung in die und Akzeptanz durch die zeithistorische Forschungslandschaft. Dr. Helge Heidemeyer, Leiter der Abteilung Bildung und Forschung, bilanzierte anschließend den Stand der Forschung zum MfS, wobei er als Schwerpunkte u. a. die Grundlagenforschung (Handbücher und Editionen), das Verhältnis von Staatssicherheit und Gesellschaft, die Rolle des MfS in der Justiz, Opposition und Widerstand in der DDR sowie die internationale Verflechtung des Ministeriums im sowjetischen Herrschaftssystem herausstellte. Trotz des mittlerweile beachtlichen Forschungsstandes gäbe es aber noch zahlreiche weiße Flecken. Dieses große Forschungspotenzial zu nutzen, stelle neben der Servicefunktion für die außerbehördliche Wissenschaft eine der wesentlichen Aufgaben für die Abteilung dar. Prof. Dr. Thomas Lindenberger, bis 2012 Mitglied im wissenschaftlichen Beratungsgremium, kritisierte in seinem anschließenden Referat, dass die Forschung zur Staatssicherheit zu lange von der allgemeinen DDR-Forschung abgekoppelt gewesen sei. Eine mitunter einseitige Perspektive auf das MfS habe zu einer Fokussierung auf Herrschaftsträger einerseits und Oppositionelle andererseits geführt, während das breite Feld dazwischen unterbelichtet geblieben sei. Lindenberger plädierte zudem dafür, verstärkt transnationale Perspektiven zu berücksichtigen und die MfS-Quellen für die Erforschung der Geschichte des geteilten Deutschlands und Europas insgesamt zu nutzen.

In der zweiten Sektion skizzierten die Projektleiter der Abteilung Bildung und Forschung Perspektiven der künftigen Forschung anhand von vier „Schneisen“. Ergänzt wurden die Vorträge jeweils durch Kommentare von Experten, die außerhalb der Behörde wissenschaftlich tätig sind.

Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk ging eingangs auf die grundsätzliche Problematik wissenschaftlicher Arbeit innerhalb einer Behörde, der Zweckbindung für die Nutzung von Stasi-Unterlagen und den asymmetrischen Zugang für interne und externe Forscher ein.

Er plädierte dafür, verstärkt gesellschafts- und kulturhistorische Perspektiven auf den Staatssicherheitsdienst zu entwickeln – so könne etwa aus dem Blickwinkel der Gender-Forschung das MfS als von Männern dominierte Institution untersucht werden. Kowalczyk betonte darüber hinaus die Notwendigkeit, stärker zu differenzieren, etwa im Hinblick auf die inoffiziellen Mitarbeiter (IM). Das öffentliche Bild vom IM als „Verräter“ entspreche nicht dem typischen IM. Beispielhaft führte er das in diesem Jahr begonnene Projekt „Denunziation. Verrat und Alltag in der DDR“ an. PD Dr. Dierk Hoffmann (Institut für Zeitgeschichte) forderte ebenfalls eine bessere Zugänglichkeit von Akten und Findhilfsmitteln für externe Forscher ein. Zudem mahnte er ein differenzierendes und historisierendes Vorgehen und die Überwindung der Täter-Opfer-Dichotomie an, eine Forderung, der sich mehrere Diskutanten anschlossen. Zudem wurde in der Diskussion mit Blick auf das Thema Denunziation vorgeschlagen, an Methoden und Ergebnisse der NS-Forschung anzuknüpfen.

Dr. Roger Engelmann hob in seinem Beitrag über das „MfS als Herrschaftsfaktor“ die Ergiebigkeit von Regional- und Mikrostudien hervor. Auf der regionalen, der lokalen und auf der Ebene einzelner Betriebe spiegle sich die DDR-Herrschaft als Mikrokosmos wider, in dem auch die widerstreitenden Interessen und die Machtverhältnisse innerhalb des Herrschaftsgefüges sowie unpolitische Anlässe für Konflikte deutlich würden. Angesichts des mittlerweile weitgehend gesättigten Forschungsstandes im Hinblick auf die Institution des MfS als solche plädierte Engelmann für eine stärkere Kontextualisierung. Zudem sei das Potenzial der MfS-Quellen für die Rekonstruktion von Herrschaft als sozialer Praxis – unabhängig von der Rolle des MfS als Akteur – bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Dr. Jens Gieseke (Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam) rief in seinem Kommentar dazu auf, die Quellen des MfS mehr als bisher für alltags- und mentalitätsgeschichtliche Fragestellungen zu nutzen und den großen Teil der DDR-Bevölkerung stärker in den Blick zu nehmen, der weder Teil des Herrschaftsapparates war noch mit dem oppositionellen Milieu sympathisierte. Zudem müsse sich die Forschung weiter von den Kategorien und der Sprache des MfS lösen. Diese Forderungen wurden vom Plenum positiv aufgenommen.

Die Zusammenarbeit osteuropäischer Geheimdienste war Thema des Beitrags von Dr. Douglas Selvage. Selvage betonte, dass die DDR Teil des sowjetischen Imperiums war und daher auch das MfS nur im Zusammenhang mit den Beziehungen zur Sowjetunion und den anderen Staaten des Ostblocks zu verstehen ist: Das MfS war nicht nur für die SED „Dienstleister“, sondern auch für Moskau – und zwischen beiden hatte es gerade im Zuge des KSZE-Prozesses starke Interessengegensätze gegeben. Auch die Zusammenarbeit zwischen dem MfS und dem sowjetischen Geheimdienst KGB müsse transfergeschichtlich und vergleichend erforscht werden. Insbesondere letzteren Ansatz hielt Dr. Bernd Schäfer (Deutsches Historisches Institut Washington) für vielversprechend und regte vor dem Hintergrund der Sperrung der KGB-Akten an, die Archive anderer osteuropäischer Staaten, etwa in Bulgarien und im Baltikum, zu nutzen. In der Diskussion wurde mehrfach betont, dass es sich bei der Untersuchung des Verhältnisses zwischen dem MfS und den osteuropäischen Geheimdiensten um ein zentrales und längst überfälliges Projekt handle, wobei der transfergeschichtliche Aspekt vor allem im Hinblick auf das Selbstverständnis der hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter als „Tschekisten“ für produktiv erachtet wurde. Zudem wurde die Frage aufgeworfen, ob das MfS seinen Charakter als „Hilfstruppe“ für den KGB je verloren habe und ob daher der Begriff von einer – Gleichberechtigung implizierenden – „Zusammenarbeit“ zwischen KGB und MfS überhaupt angemessen sei.

Prof. Dr. Daniela Münkel stellte das Forschungsprojekt zum „MfS im deutsch-deutschen Systemkonflikt“ vor, das sich mit der Spionage und Spionageabwehr des MfS im Kontext DDR-interner, innerdeutscher und internationaler Entwicklungen befasst. Die Kooperation mit der Unabhängigen Historikerkommission des Bundesnachrichtendienstes (BND) biete dabei die einzigartige Möglichkeit, die Geschichte der deutsch-deutschen Geheimdienstauseinandersetzungen auf der Grundlage von Quellen beider Seiten zu analysieren. Das Projekt konzentriert sich auf den Zeitraum bis Anfang der 1970er Jahre, um sowohl die Hochphase des „Geheimdienstkrieges“ in den 1950er Jahren als auch den Mauerbau als politikhistorische Zäsur sowie seine Folgen für die nachrichtendienstliche Tätigkeit zu erfassen. Dabei werden sozial- und mentalitätsgeschichtliche Fragen mit einbezogen und so auch ein Beitrag zur Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Nachkriegszeit geleistet. Dr. Matthias Uhl (Deutsches Historisches Institut Moskau) lobte den Ansatz eines deutsch-deutschen Quellenvergleichs ausdrücklich, wies aber auf das asymmetrische Verhältnis zwischen den beiden Geheimdiensten hin. Die Notwendigkeit, auch den „Zuliefer“-Organisationen des BND, etwa die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, den Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen und die Ostbüros der Parteien in die Untersuchung einzubeziehen, wurde in der anschließenden Diskussion wiederholt betont.

Zum Abschluss der Konferenz fand eine vom stellvertretenden Vorsitzenden des Beratungsgremiums Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke (TU Dresden) moderierte Podiumsdiskussion statt. Prof. Dr. Walther L. Bernecker (Universität Erlangen) lobte eingangs die hochstehende und ausdifferenzierte Forschung zur DDR und zum MfS und die offene Debatte auf der Konferenz – gerade im Vergleich etwa zum Stand der Aufarbeitung der Franco-Diktatur in Spanien. Prof. Dr. Günther Heydemann (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung Dresden) widersprach dem Eindruck, die Forschungsabteilung des BStU stünde isoliert da, vielmehr würden ihre Ergebnisse von der zeithistorischen Forschung intensiv rezipiert. Er plädierte für eine Konzentration der MfS-Forschung auf die Mikro- und Mesoebene, etwa durch eine stärkere Einbeziehung der Bezirksverwaltungen. Zudem müsse auch die permanente „latente Existenz“ des MfS in der DDR-Gesellschaft berücksichtigt werden: Schon die Angst, dass die Staatssicherheit mithören könnte, habe die Meinungsfreiheit beschränkt. Auch Prof. Dr. Hermann Wentker (Institut für Zeitgeschichte München – Berlin) bescheinigte der Abteilung ein hohes Ansehen in der Wissenschaft und benannte als wichtige Schwerpunkte künftiger Arbeit – neben der Dienstleistungs- und Servicefunktion für Forschung und Öffentlichkeit – die Analyse des MfS in gesellschaftshistorischer, deutsch-deutscher und internationaler Perspektive sowie in seiner Funktion innerhalb des Herrschaftsgefüges der DDR. Kritisch äußerte sich Wentker zum Handbuch, das in der vorliegenden Fassung nur schlecht zu handhaben sei. Thomas Lindenberger bezeichnete die Abteilung Bildung und Forschung als „Glücksfall“ und hob die „profunde Ambivalenz“ des MfS hervor, bei der die klassische geheimdienstliche Tätigkeit und die Erfassung von alltäglichen Banalitäten nebeneinander gestanden hätten. Auch deshalb sei das Totalitarismus-Modell in diesem Zusammenhang als Analysekatégorie nicht geeignet. Dr. Ulrich Mähler (Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Mitglied des wissenschaftlichen Beratungsgremiums des BStU) lobte die Konferenz insgesamt, die gezeigt habe, dass sich das MfS als Forschungsthema noch lange nicht erschöpft habe.

Sowohl bei den Teilnehmern des Abschlusspodiums als auch im Plenum stießen die von den Mitarbeitern der Forschungsabteilung vorgestellten Projekte auf ungeteilte Zustimmung, wobei insbesondere die stärkere Berücksichtigung des innerdeutschen und des internationalen Kontextes als vielversprechend angesehen wurde. In den Diskussionen kristallisierten sich folgende Schwerpunkte heraus: Die Dichotomie zwischen „Tätern“ und „Opfern“ müsse überwunden und der große Teil der DDR-Bevölkerung stärker in den Blick genommen werden, der weder Teil des Herrschaftsapparates war noch im weiteren Sinn zur Opposition gezählt werden könne. Auch bei den inoffiziellen Mitarbeitern müsse genauer differenziert werden. Plädiert wurde darüber hinaus dafür, die MfS-Quellen stärker als bisher für kultur-, alltags- und mentalitätsgeschichtliche Forschungen zu öffnen und sich von Methoden und Ergebnissen der NS-Forschung anregen zu lassen. Konsens bestand überdies darüber, dass ein gleichberechtigter Zugang von internen und externen Forschern zu den Stasi-Unterlagen Voraussetzung für vergleichbare Forschungen zum MfS und zur DDR ist. Als ein Dreh- und Angelpunkt der Diskussionen erwies sich das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG). Einerseits habe das Gesetz die Öffnung der Akten und damit die wissenschaftliche Beschäftigung mit der MfS-Geschichte überhaupt erst möglich gemacht, andererseits schränke die Bindung an das StUG die interne wie die externe Forschung in gewissem Maße ein. Die Arbeit der Abteilung Bildung und Forschung wird daher bis zu einer Neujustierung des Gesetzes ein Balanceakt zwischen Servicefunktion, gesellschaftspolitischer Aufarbeitung und wissenschaftlicher Forschung bleiben.

Henrik Bispinck, Forschungsabteilung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen